



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 3. AUGUST 2022

### 31. Sommeruniversität in Tusványos

Unter dem Motto „Es gibt etwas, das ewig ist“ begann am 19. Juli 2022 im siebenbürgischen Tusnádfürdő/Băile Tușnad die 31. Freie Sommeruniversität. Diese alljährliche Veranstaltung mit Studentenlager, Podiumsdiskussionen und vielfältigen Kulturprogrammen im mehrheitlich von ethnischen Ungarn bewohnten Szeklerland hat mit ihrem über drei Jahrzehnte langen Bestehen mittlerweile Traditionsstatus im ungarischen Sommerkalender erreicht. Auf dem politischen Programm standen dieses Mal die Themen Krieg und Frieden, die wirtschaftliche Krise, die Zukunft Europas sowie weitere Angelegenheiten der Ungarn im Mutterland und jenseits der Grenzen. Neben Vertretern der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen und Mitgliedern der ungarischen Regierung waren auch rumänische Politiker anwesend, wie der ehemalige Ministerpräsident Ludovic Orban.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede des Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der seinem Publikum nach fast drei Jahren coronabedingter Pause mit einer „Fidesz-Weinschorle“ (Verhältnis zwei Drittel Wein zu einem Drittel Wasser in Anspielung auf das Wahlergebnis) zuprostete. Zunächst ging er auf die europäische Abhängigkeitssituation in Rohstoffen und Energieträgern ein, wobei er unter anderem hervorhob, dass man in Europa unabhängiger von den USA werden müsse, da diese Energie auch als außenpolitische Waffe einsetzen würden. Im Kontext der europäischen Energiesolidarität kritisierte Orbán hier explizit Deutschlands abneigende Haltung zur Atomkraft.

Im Weiteren benannte er die nächsten großen Herausforderungen der Zukunft: die Demografie, die Migration, den „Genderwahn“ und den Krieg im Osten Europas. Im Hinblick auf die NATO und die EU warnte Orbán davor, sich immer mehr zum aktiven Teil des Konfliktes zu machen. Die russischen Beweggründe nachzuvollziehen, bedeute nicht, sich mit ihrer Sache gemein zu machen. Die Politik der offenen Tür der NATO habe gegen die russischen Sicherheitsansprüche eine Konfliktsituation befeuert. Nun müsse man eine Friedenslösung finden. Eine weitere Regierung Donald Trumps oder Angela Merkels hätte laut Orbán den Krieg verhindern können.

Im Folgenden analysierte Orbán die vier Pfeiler der westlichen Kriegsstrategie: Erstens könne die Ukraine mit westlichen Ausbildern und NATO-Waffen gegen Russland gewinnen, so die westliche Sichtweise. Zweitens würden Sanktionen Russland schwächen und die Führung destabilisieren. Drittens könne der Westen selbst mit den Folgen der Sanktionen umgehen. Und viertens, die ganze Welt würde sich hinter die Sache des Westens gegen Russland stellen. Alle diese vier Aussagen hätten sich als falsch erwiesen, resümierte Orbán: „Wenn alle vier Reifen eines Autos defekt sind, dann muss man die Räder auswechseln. Alle vier. Eine neue Strategie ist notwendig, in deren Mittelpunkt, in deren Fadenkreuz nicht das Gewinnen des Krieges, sondern die Friedensverhandlungen und das Formulieren eines guten

Friedensangebotes stehen müssten.“ Europas Rolle müsse nicht weltpolitisch sein, vielmehr gelte es, die Probleme im eigenen Garten und seiner Nachbarschaft, dem Balkan, zu lösen.

Die fünfte große Herausforderung betreffe die Energie- und Wirtschaftssituation. Langfristig müsse man weg vom Gas. Die sei über Atomkraft und Solarenergie realisierbar, wie es auch Ungarn anstrebe. Orbán warnte vor der Rezession und einer Kettenreaktion, die die gesamten europäischen Volkswirtschaften ins Chaos reißen könnte. Die ungarische Lösung dieser Fragen beantwortete er folgendermaßen: „Es kann gelingen, das Schlüsselwort heißt „fernbleiben“. Fernbleiben vom Krieg, von der Massenmigration, vom „Genderwahn“ und von der globalen Mindeststeuer.

Kurz nachdem der ungarische Ministerpräsident mit seiner Rede begonnen hatte, entrollten rumänische Nationalisten der antimagyarischen Organisation Calea Neamului (Weg der Nation) ein rumänischsprachiges Transparent mit dem Slogan „Etwas ist ewig: Siebenbürgen ist rumänisches Land!“ (Ceva este etern: Transilvania, pământ românesc!) in Anspielung auf das Motto der Veranstaltung. Die Aktion löste eine angespannte Situation im Publikum aus, die durch das Eingreifen der Sicherheitsleute und die Entfernung der Nationalisten aus der Menge entschärft werden konnte. Orbán reagierte auf die Provokation mit den Worten an die Sicherheitskräfte: „Nur so höflich wie die Budapester Polizei auf den Brücken mit den Junkies“, wobei er bissig auf die Demonstranten in der Hauptstadt (siehe weiter unten) anspielte.

Orbán's Rede wurde medial breit rezipiert und sorgte insbesondere wegen folgendem Teil der Rede, in der Orbán das Wort „Rasse“ benutzt, für Diskussionen:

„Die internationalistische Linke benutzt eine Finte, eine ideologische List, jene Behauptung, in Europa würden an sich schon gemischtrassige Völker leben. Das ist ein historisches und semantisches Blendwerk, denn es werden verschiedene Dinge miteinander vermischt, denn es gibt die Welt, in der sich die europäischen Völker mit den von außerhalb Europas Kommenden vermischen. Na, das ist die gemischtrassige Welt. Und es gibt uns, wo sich die innerhalb Europas lebenden Völker vermischen, sich bewegen, arbeiten und umziehen. Deshalb sind z.B. wir im Karpatenbecken nicht gemischtrassig, sondern ganz einfach das Gemisch der in ihrem eigenen europäischen Zuhause lebenden Völker. Und wenn die Konstellation der Sterne eine glückliche ist und der Wind günstig weht, dann verschmelzen sich diese Völker auch in so einer hungaro-pannonischen Soße und erschaffen eine eigentümlich neue europäische Kultur. Dafür haben wir immer gekämpft, wir sind bereit, uns miteinander zu vermischen, aber wir wollen nicht gemischtrassig werden. Dafür haben wir 1456 bei Nándorfehérvár (Belgrad) gekämpft, deshalb haben wir die Türken bei Wien aufgehalten und, wenn ich es richtig denke, deshalb haben die Franken die Araber noch in alten Zeiten bei Poitiers aufgehalten.“

In Ungarn äußerten bezeichneten mehrere Vertreter der Opposition die Rede als offen rassistisch. Andere, so etwa der Vorsitzende der Vereinigten Israelitischen Gemeinde in Ungarn (EMIH), Slomó Köves, zeigten Verständnis für die Inhalte der Reden, beanstandeten jedoch die Wortwahl. Köves sagte in einem Interview, dass er sich mit dem Denkprozess in diesem Teil der Rede grundsätzlich identifizieren könne, insofern als es eigentlich um den Verlust von Raum in der westlichen jüdisch-christlichen Kultur und die damit verbundenen Herausforderungen gehe. Einer der zentralen Werte der jüdisch-christlichen Zivilisation sei

jedoch, so der Oberrabbiner, dass Gott alle Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen habe. Schon aus diesem Grund sei es besonders unglücklich, von „Rassen und Rassenmischung“ zu sprechen. Nach Ansicht von Köves stünden die souveränistischen, nationalstaatlichen Positionen der ungarischen Regierung den jüdischen Werten jedoch näher, als die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der globalistischen Linken.

Für Aufruhr sorgte zudem die Reaktion der Regierungsbeauftragten für soziale Inklusion, Zsuzsa Hegedüs, die in Orbáns Rede inakzeptables "Goebbels-Gedankengut" witterte und sich deshalb für einen Rücktritt von ihrem Amt entschied, um sich von Orbán zu distanzieren. Orbán drückte in einem Brief an Hegedüs sein Bedauern wegen dieser Entscheidung aus, und wies zugleich jeglichen Rassismusvorwurf von sich, hier ein Auszug aus dem Brief im Wortlaut:

„Du kannst mir doch nicht ernsthaft Rassismus vorwerfen, nachdem wir zwanzig Jahre zusammengearbeitet haben. Du weißt besser als jeder andere, dass meine Regierung in Ungarn eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Antisemitismus und Rassismus verfolgt. Wir kennen uns schon seit tausend Jahren. Du solltest wissen, dass ich davon ausgehe, dass Gott jeden Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat. Deshalb ist Rassismus für Menschen wie mich von vornherein ausgeschlossen.“

Die Rede im Original können Sie auf der Seite des ungarischen Ministerpräsidenten abrufen, folgen Sie hierfür folgendem [Link](#).

### **Demonstrationen nach Reform der KATA-Steuer**

Auf einer Pressekonferenz vom 13. Juli kündigte die ungarische Regierung eine Reform der KATA-Steuer (Pauschalsteuer für Kleinunternehmen und -dienstleister) an, um Steuerhinterziehung und unrechtmäßigen Verschleierungen ein Ende zu setzen. So würden inzwischen drei Viertel der Nutzer entgegen der ursprünglichen Intention diese Steuerform als Scheinselbstständige zur Kaschierung missbrauchen. Viele große Unternehmen würden ihre Mitarbeiter anstelle einer regulären Festanstellung als derartige Scheinselbstständige beschäftigen. Das Unternehmen würde so Steuern „sparen“, der Beschäftigte dementsprechend mehr Geld bekommen. Auch zahlen etwa 400.000 Menschen nicht in die Sozialkasse ein. Ähnlich wie bei der Krankenversicherung, bei der die Solidargemeinschaft lange für die finanziellen Vorteile Einzelner aufkam. Nichtsdestotrotz würde die rigorose und bereits ab September relativ kurzfristige Reform derweil für viele Ungarn, nämlich den umfassenden Großteil der bisherigen Nutzer (ca. 450.000), eine effektive Erhöhung der Steuerlast bedeuten. Aus diesem Grund kam es infolge der Ankündigung in Budapest zu mehreren Demonstrationen. Auch der ehemalige Spitzenkandidat der vereinten Opposition und Wahlverlierer Péter Márki-Zay rief in einem rhetorisch drastischen Facebook-Post dazu auf, in einem Protestmarsch zum Parlament gegen die „Lügen“ der Regierung zu protestieren und „die Herrschaft Viktor Orbáns in die Flucht zu schlagen“. Die Demonstranten blockierten insbesondere mehrere Tage in Folge verschiedene zentrale Donaubrücken und legten so den Verkehr in der Innenstadt teilweise lahm.

### **Haushalt 2023 abgeseget**

Das Parlament segnete am Dienstag den Staatshaushalt 2023 ab. Das Budget rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 4,1 %, einem Defizit von 3,5 % sowie einer mittleren Jahresinflation von 5,2 %. Die Haushaltsausgaben wurden auf 33,426 Billionen Forint (etwa 82 Mrd. Euro) veranschlagt, die erwarteten Einnahmen mit 31,074 Billionen Forint (76,4 Mrd. Euro) beziffert. Die Staatsschulden sollen bis Ende nächsten Jahres von 76,1 % (Prognose für Ende diesen Jahres) weiter auf 73,8 % des BIP sinken. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftswachstums und dem Schutz der Familien sollen einige Passagen des Haushaltsgesetzes über die Wirtschaftsstabilität geändert werden.

Neu ist unter anderem die Einrichtung zweier Fonds, die vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges bei der Bewältigung der Herausforderungen helfen sollen. Zum einen sind dies der Schutzfonds für Versorgungseinschnitte mit 670 Mrd. Forint, etwa 1,6 Mrd. Euro, zum anderen der Verteidigungsfonds mit 842 Mrd. Forint (2,1 Mrd. Euro).

Kritiker bemängelten, dass der Entwurf nicht mehr der aktuellen Realität entspreche. Der Plan kalkuliere noch mit einer Inflation von 5,2 % (zuletzt bei mehr als 10 %) und einem Forintkurs zum Euro von 370:1 (derzeit über 400 Forint je Euro).

### **Ausrufung des Energienotstandes**

Die Ausrufung des Energienotstandes durch die ungarische Regierung, der am 13. Juli 2022 von Kanzleramtsminister Gergely Gulyás bekanntgegeben wurde, beinhaltet einen Sieben-Punkte-Plan, der im August in Kraft tritt und im Einzelnen Folgendes vorsieht. Ungarns heimische Gasproduktion soll von eineinhalb auf zwei Milliarden Kubikmeter erhöht werden, was nach Schätzungen der Regierung möglich sei. Derzeit sind die Gasspeicher zu 44 Prozent gefüllt, was die Gasversorgung des Landes lediglich für ein Vierteljahr gewährleisten würde. Auch soll die heimische Braunkohleförderung bis Ende des Jahres angekurbelt und das Kohlekraftwerk Mátra wieder in Betrieb genommen werden. Beschlossen wurde zudem ein Ausfuhrverbot für Energieträger und Brennholz.

Aufmerksamkeit erhielt vor allem das Vorhaben, das Programm der staatlich unterstützten Nebenkostensenkung zu beschränken, welches der ungarischen Bevölkerung Energiepreise garantiert, die weit unter dem Marktpreis liegen. Verbraucher, die über dem Durchschnitt liegen, werden in Zukunft aufgefordert ihren Verbrauch zu senken und Energie zu sparen. Andersfalls werde ab der Überschreitung des Durchschnittsverbrauchs nicht mehr der ermäßigte, sondern der Marktpreis fällig. Diese Neuregelung betreffe derzeit ca. ein Viertel der ungarischen Haushalte. Der ermäßigte Strompreis liegt derzeit bei einem 6,5-tel, der Gaspreis bei einem Neuntel des am Markt gehandelten Preises.

Kanzleramtsminister Gulyás erklärte weiter, dass die Regierung einen Notfallplan samt einer Abschaltreihenfolge ausgearbeitet habe. Derzeit bestünde jedoch kein Grund zur Beunruhigung, da die Energieversorgung im Moment kontinuierlich sei. Es bestehe im Übrigen im Falle einer akuten Energiekrise keine Verpflichtung zur Hilfe anderer EU-Mitgliedsstaaten. Dazu sei man im Zeichen der Solidarität bereit, unter der Voraussetzung, dass die Versorgung ungarischer Familien und Haushalte zuerst gesichert ist. Nach der endgültigen, in der Woche darauf im ungarischen Amtsblatt veröffentlichten, Verordnung wurde die ursprüngliche Energiepreisregelung abgemildert. So sollen Verbraucher, die über

dem Durchschnitt liegen, künftig nicht die vollen Marktpreise zahlen, aber immerhin einen verteuerten ermäßigten Satz. Dieser beträgt für Strom das Doppelte des ermäßigten Satzes (ca. ein Viertel des Marktpreises), für Gas das Siebenfache (ca. zwei Drittel des Marktpreises). Darüber hinaus bleibt eine Großfamilienermäßigung für Familien ab drei Kindern weiter bestehen.

Ende Juli gab Außenminister Szijjártó bekannt, dass Ungarn (als einziges Mitgliedsland) gegen die EU-Verordnung über die Senkung des Gasverbrauchs gestimmt hat. Die Energiepolitik falle in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, so Szijjártó, überdies gefährde die Verordnung die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ignoriere die Interessen der ungarischen Bevölkerung.

### **Außenminister Szijjártó in Moskau**

Außenminister Péter Szijjártó reiste am 21. Juli nach Moskau zu Gesprächen mit mehreren Mitgliedern der russischen Regierung, darunter Außenminister Sergej Lawrow. Dabei ging es nach offiziellen Angaben um die Sicherstellung der ungarischen Gasversorgung sowie eine Friedenslösung im Ukraine-Krieg. Die ungarische Regierung wolle mehr russisches Gas kaufen, was die Russen derzeit prüfen würden. Die erste Verhandlungsrunde sei bereits abgeschlossen. Der Ausbau des Atomkraftwerkes Paks solle ebenso gemeinsam fortgesetzt werden. Lawrow betonte gegenüber seinem ungarischen Amtskollegen, dass „die russophobe Politik Washingtons“ der ungarisch-russischen Zusammenarbeit großen Schaden zugefügt hätte. Szijjártó formulierte die ungarischen Sorgen angesichts der europäischen Gaskrise, hob jedoch auch hervor, dass die Füllung der ungarischen Gasspeicher mit 27,3 % weiter fortgeschritten sei als im europäischen Durchschnitt (17,3 %). 700 Millionen Kubikmeter Erdgas würden dem Land aber noch zur Gewährleistung seiner Energiesicherheit fehlen. Dies in Europa ohne die Quellen aus Russland zu bewerkstelligen sei eine „eitle Hoffnung“. Erneut forderte er in Moskau einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensgespräche. Der Besuchstermin war im Vorhinein beim Präsidenten der UN-Generalversammlung angemeldet worden.

### **EU-Kommission leitet weitere Verfahren gegen Ungarn ein**

Wie die ungarische Justizministerin Judit Varga auf ihrer Facebook-Seite Mitte Juli mitteilte, hat die Europäische Kommission zwei weitere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet, sowie Ungarn in zwei Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Die erste Klage richtet sich gegen das ungarische „Kinderschutzgesetz“, das aus EU-Sicht gegen die Rechte der LGBTQ-Minderheit verstoße. Varga reagierte in ihrer Stellungnahme: „Wir haben von Anfang an klargestellt, dass der Schutz von Minderjährigen und die Gewährleistung ihrer moralischen Entwicklung Sache der Mitgliedstaaten ist, und Ungarn mit dem Beitritt zur EU seine Souveränität nicht aufgeben, sondern nur die gemeinsame Ausübung bestimmter Kompetenzen ermöglicht hat.“ Die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley, begrüßte das Vorgehen der Kommission: „Die Klagen sind richtig, doch sie kommen zu spät für die Demokratie in Ungarn.“ So habe die Kommission „jahrelang verschlafen“, dass Viktor Orbán „die Demokratie abbaue“. Jetzt müsse sie Ungarn so schnell wie möglich seine Fördergelder kürzen.

Die zweite Klage richtet sich gegen den Lizenzentzug des Radiosenders Klubrádió für den UKW-Sendebetrieb, nach dem der Radiosender in den Internetbetrieb wechseln musste. Der EU-Kommission zufolge seien die Bedingungen für die Erneuerung der Sendelizenz „unverhältnismäßig und intransparent“ gewesen, die Gründe für die Ablehnung fragwürdig. Die Regierung entgegnete hingegen, dass die Entscheidung von einer regierungsunabhängigen Behörde getroffen und von einem unabhängigen ungarischen Gericht bestätigt worden sei. Das ungarische Lizenzierungssystem ermögliche allen Anbietern einen gleichberechtigten Zugang.

Die Vertragsverletzungsverfahren mit zweimonatiger Frist beziehen sich einerseits auf der Ausfuhrstopp für Getreide sowie den Tankrabatt für Inländer in Angesicht des Ukraine-Kriegs und der wirtschaftlichen Krisensituation. Die Kommission berief sich hierbei auf die Freiheit des Binnenmarktes sowie den Grundsatz der Nichtdiskriminierung, wonach „die Maßnahme [...] mit den EU-Vorschriften über die gemeinsame Marktorganisation unvereinbar“ sei. Die Verfolgung bestimmter wirtschaftlicher Ziele auf nationaler Ebene sei nicht gerechtfertigt, eine Notwendigkeit einer Intervention im Namen der Versorgungssicherheit mit Getreide sei nicht gegeben. Varga entgegnete, dass die Tankmaßnahme ursprünglich für alle gleichermaßen gegolten hätte, in der „Inflations- und Kriegssituation“ der zunehmende „Tanktourismus die Versorgungssicherheit“ aber derartig bedroht hätte, dass ausländische Kennzeichen vom Geltungsbereich der Regeln ausgeschlossen hätten werden müssen. Auch zur Getreideausfuhr hätte die Regierung ihre vorläufigen Bemerkungen nach Brüssel übersendet.

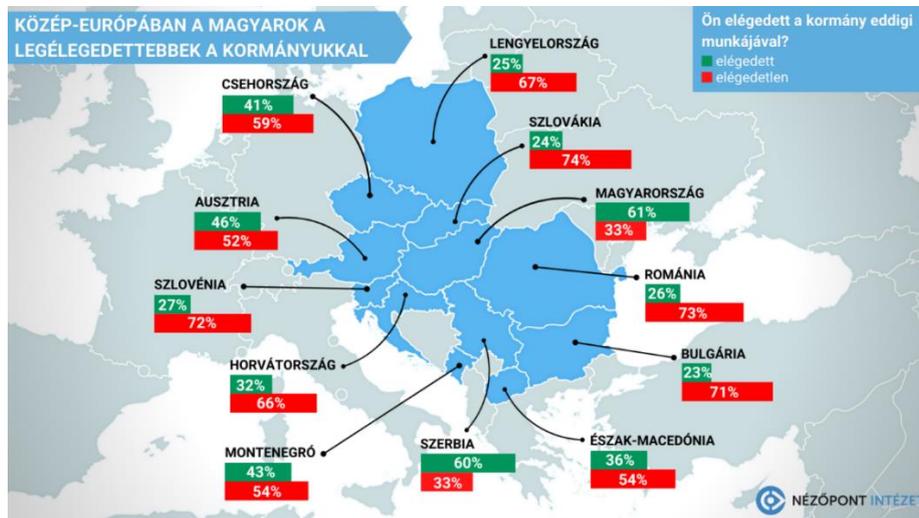
### **11. Grundgesetzänderung verabschiedet**

Die elfte Grundgesetzänderung wurde am Dienstag, den 19. Juli, mit einer Zweidrittelmehrheit von 140 zu 36 Stimmen angenommen. Hiermit finden die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) und die Kommunalwahlen in Ungarn nun künftig am selben Tag statt. Die Zusammenlegung der beiden Termine spare laut Antrag eine Summe von über 10 Mrd. Forint an Verwaltungskosten. Des Weiteren beinhaltet die Novelle eine Änderung der Bestimmungen über die territoriale Organisation des Landes. Die Komitate, die ungarischen territorialen Verwaltungseinheiten, werden in Burgkomitate umbenannt, wie sie traditionell bis 1949 hießen. Dies solle die historischen Traditionen und die Errungenschaften der historischen Verfassung respektieren. Über die Hintergründe berichteten wir mehr in unserem [Monatsbrief vom Juli](#).

### **Höchster Wert in Mitteleuropa: 61 Prozent der Ungarn zufrieden mit der Arbeit ihrer Regierung**

Laut einer Umfrage des regierungsfreundlichen Nézópont-Instituts in zwölf mittel- und südosteuropäischen Ländern sind die Menschen in Ungarn am zufriedensten mit der Arbeit ihrer eigenen Regierung. 61 Prozent der Ungarn drückten so ihre Zustimmung aus, dicht gefolgt von Serbien mit 60 Prozent. Lediglich ein Drittel der Bevölkerungen beider Länder stuften sich als unzufrieden mit der Regierungsarbeit ein. Interessant ist insbesondere, dass sich in Ungarn, wo die Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung jüngst am 3. April 2022 stattfanden, aber auch in Serbien ein höheres Maß an Zufriedenheit feststellen lässt, als

es dem prozentualen Wahlergebnis entspräche. Die Forscher führen dieses Ergebnis auf die hohe politische Stabilität des Landes zurück, ein Wert, der im Vergleich mit anderen Staaten keine Selbstverständlichkeit darstelle. So lagen in Bulgarien, Slowenien, Rumänien und der Slowakei die Unzufriedenheitswerte bei über 70 Prozent.



„Sind Sie zufrieden mit der bisherigen Arbeit Ihrer Regierung? Grün: Zufrieden, Rot: Unzufrieden“

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab Herbst 2022 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Veranstaltungen im Juli*

Zwischen dem **6. und 8. Juli 2022** nahmen **Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC, und **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, an einer **Dialog- und Informationsreise nach Berlin** mit mehreren Fachgesprächen teil. Mit unseren verschiedenen Partnern wurden die Entwicklung der deutsch-ungarischen Beziehungen, kommende Buchveröffentlichungen sowie gemeinsame Kooperationen besprochen. Mehr dazu finden Sie [hier](#).

Am **14. Juli 2022** war DUI-Direktor **Bence BAUER** im **MCC-Bildungszentrum in Székesfehérvár/ Stuhlweißenburg** zu Gast. Das Thema des Abends lautete: „**Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es zwischen uns? Deutsch-ungarische Beziehungen aus nächster Nähe**“. Dort sprach er unter Moderation von **Kristóf SCHLEGL** über Migration, den Ausstieg aus der Atomenergie und die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland. Im [Veranstaltungsbericht](#) finden Sie die Einzelheiten.

Am **22. Juli 2022** veranstaltete das DUI im Rahmen des 31. Tusványos-Festivals eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „**New Ages, New Security Challenges – a German Perspective**“. An der Podiumsdiskussion nahmen **Prof. Dr. Werner J. PATZELT**, Professor em. für Politikwissenschaft an der TU Dresden und ehemaliger Senior Visiting Fellow des MCC, Oberstleutnant **Wolf ILLNER**, Militärberater des Oberbefehlshabers der ungarischen Streitkräfte, **Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC und **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts des MCC, teil. Die [Diskussion](#) wurde von **Tünde DARKÓ**, Projektassistentin am DUI, moderiert.

#### *MCC Feszt Veranstaltungsbericht*

Am letzten Tag des diesjährigen MCC-Festes, dem **30. Juli 2022**, fand auf der Katona-Bühne eine englischsprachige [Podiumsdiskussion](#) mit dem Titel „**Germany in 2022 - politics, media and public life in a turmoil**“ mit rund 70 Teilnehmern statt.

An der Podiumsdiskussion nahmen der Wirtschaftswissenschaftler und **Wirtschaftshistoriker Peter Hefele**, politischer Direktor des Wilfried Martens Centre, der Politischen Stiftung der EVP die **Politikerin Saskia Ludwig**, Mitglied der CDU und Mitglied des Brandenburger Landtags, und der **Journalist Roland Tichy**, Gründer der Zeitschrift "TICHYS EINBLICK", teil. Die Diskussion wurde von **Bence Bauer, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts des MCC**, moderiert.

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion standen das **politische Erbe und die Wahrnehmung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel**, die **Neuorientierung der CDU**, die bisherigen Aktivitäten des Parteivorsitzenden **Friedrich Merz**, die **Reformpläne** der derzeitigen **Ampel-Koalitionsregierung** sowie die drängendsten Fragen der **deutschen Energiepolitik**. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der Migrationskrise 2015 in Deutschland, die außenpolitischen Entscheidungen Deutschlands und die sich verändernden politischen Ziele der Koalitionsparteien diskutiert.



„Podiumsdiskussion: Germany in 2022 - politics, media and public life in a turmoil“. Links: Bence Bauer, Roland Tichy, Saskia Ludwig, Peter Hefe

### **National Interests in Times of Radical Changes – [Online-Diskussion](#) mit Bundesminister a.D. Klaus von Dohnanyi auf dem MCC-Fest**

Die Diskussion fand am 30. Juli 2022, am dritten Tag des MCC-Festes statt, zu dem das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit Klaus von Dohnanyi, einen ehemaligen führenden deutschen sozialdemokratischen Politiker ungarischer Herkunft, eingeladen hatte, online teilzunehmen. Er diskutierte per Zoom-Zuschaltung mit **Zoltán Szalai, dem Generaldirektor des MCC**, über sein Buch „**Nationale Interessen: Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche**“.

Auf die Frage über den Krieg in der Ukraine gab von Dohnanyi eine klare Antwort: **Es ist in unserem Interesse, den Krieg zu beenden**. Der Krieg dient nicht dem Schutz der Interessen der Ukraine, das Land wird zerstört. Russland hat den Krieg begonnen, aber es geht darum, die Ukraine zu schützen, damit sie später mit Europa zusammenarbeiten könnte.

In seiner Antwort über **Deutschland** wies von Dohnanyi auf die **Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte** hin, die er als einen der Gründe für die Verfassung seines Buches nannte. Leider wurde die erwartete öffentliche Wirkung nicht erzielt, obwohl das Buch eine gute Rezeption erfahren hatte. Deutschland und die deutschen Medien sind einheitlich und **Deutschland sei im Moment kein gutes Beispiel für öffentliche Vielfalt**, sagt von Dohnanyi.

Gleichzeitig sieht der ehemalige Politiker die Zukunft in kooperierenden und kompromissfähigen Nationen. Diplomatie wird gebraucht, nicht Aufrüstung. Wir müssen in der Lage sein, uns zu verteidigen, aber der Aufbau von Verteidigungskapazitäten allein wird niemals Frieden bringen, wie dies das Beispiel der US-amerikanischen Nahostpolitik gezeigt hat.

## Bevorstehende Veranstaltungen

Vom **13. bis 17. August** wird im malerischen Badeort **Révfülöp am Balaton** das **Summer Camp: „Deutschlands und Ungarns Zukunft in Europa“** des Deutsch-Ungarischen Institutes und seiner Partner stattfinden. Neben einem **interaktiven Fachprogramm** aus Vorträgen und Workshops rund um die deutsch-ungarischen Beziehungen und **spannenden Diskussionen mit Forschern, Politikern, Journalisten und Diplomaten** bietet das Sommerlager auch jede Menge Gelegenheiten für ein ausgiebiges **Freizeitprogramm mit Ausflügen und Segelkursen** sowie zum Knüpfen von Kontakten. Das Camp richtet sich an alle politisch interessierten jungen Erwachsenen und wird **auf Deutsch** abgehalten. Die **Teilnahme ist kostenlos**, lediglich An- und Abreise müssen selbstständig organisiert werden. Alle Informationen, das Programm und organisatorische Hinweise finden Sie [hier](#).

Summer Camp für politisch engagierte junge Erwachsene

## DEUTSCHLANDS UND UNGARNS ZUKUNFT IN EUROPA

**DATUM:**  
13. - 17. 08. 2022

**ORT:**  
RÉVFÜLÖP (BALATON)

**ORGANISIERT VON:**



 KONRAD ADENAUER STIFTUNG

 DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT  
FÜR POLITIK- UND KULTURBEZUG

 Deutsch-Ungarische Gesellschaft  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

## Veröffentlichungen

„Mit List und Geschick. Das Land der 10 Millionen Freiheitskämpfer“, konstatiert **Bence BAUER** in seinem Meinungsbeitrag in der **Tagespost vom 7. Juli 2022**. Seine Gedanken über den ausgeprägten individualistischen Geist der Ungarn haben wir Ihnen [hier](#) zugänglich gemacht. Eine längere Version des Artikels wurde bei der Budapester Zeitung veröffentlicht, folgen Sie diesem [Link](#), um auf deren Homepage zu gelangen.

## BESUCHSTIPP



Thermalbad Szentes – Quelle: Szentes.hu

Wer im Sommer bereits das „ungarische Meer“, also den Plattensee besucht hat, sollte sich für die kalte Jahreszeit schon einmal den Besuch der ungarischen Thermalbäder vormerken. Mehr als 1300 Thermalwasserquellen zählt das Land, davon über 120 allein in Budapest. Wer einmal abseits der ausgetretenen Pfade der weltbekannten Budapester Stadtbäder Széchenyi und Gellért wandeln möchte, kann im **Thermalbad Szentes** im Komitat Csongrád ein kleines Juwel entdecken. Das Bad und seine Umgebung wurden unlängst von der zuständigen Landesbehörde zum offiziellen und damit **40. Kurort in Ungarn** gekürt.

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Martin Josef Böhm, Alexander Rasthofer, Tamás Fónay, Péter Dobrowiecki

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)